

Newsletter 04/2022

# Cum-Ex-Hintermann Hanno Berger sitzt endlich vor Gericht

+++Der Cum-Ex-Hintermann Hanno Berger sitzt endlich vor Gericht+++TaskForce nimmt Form an, BKA zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg+++Geldregen in der Krise+++6,7 Milliarden Euro Mindeststeuer – oder doch nicht?+++“Große Finanzklüft” inmitten Corona- und Ukraine-Krise+++Wer zahlt die Zeche?+++

Newsletter – April 2022

Im letzten Jahr ist in Sachen Steuergerechtigkeit einiges passiert und wesentlich dafür war der anhaltende öffentliche Druck der Zivilgesellschaft. Unser [2021 Jahresbericht](#) zeigt, dass wir mit einem kleinen Team und überschaubaren Ressourcen recht viel erreicht haben und die Qualität unserer Arbeit noch einmal auf ein neues Level bringen konnten. Um daran anzuknüpfen und eine Chance gegen den Einfluss finanzstarker Lobbyverbände zu haben sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen und freuen uns sehr über jede [Spende und Fördermitgliedschaft](#).

Viel Spaß beim Lesen unseres aktuellen Newsletters!

Christoph, David, Julia und Yannick

Steuerverwaltung und Cum-Ex

## Der Cum-Ex-Hintermann Hanno Berger sitzt endlich vor Gericht

Am 4. April [begann der Prozess](#) am Bonner Landgericht. Der zweite Prozess am Landgericht Wiesbaden wurde hingegen [auf den 2. Juni verschoben](#), um dem Pflichtverteidiger Bergers ausreichend Zeit zu geben, sich in die umfangreichen Akten einzuarbeiten (alleine die Anklageschrift hat über 900 Seiten). Seine drei Wahlverteidiger hatten geschlossen ihr Mandat niedergelegt – man vermutet die Beratungsresistenz Bergers als Grund. In Bonn ist einer der Wahlverteidiger seit dem zweiten Prozesstag wieder präsent; Konflikte mit seinem vor Gericht gewohnt forsch auftretenden Mandanten hat Massimo Bognanni in einem [Livethread auf Twitter](#) dokumentiert. Wir haben den Prozessbeginn gegen Berger auf [Deutschlandfunk Kultur](#) eingeordnet.

Aufsehen erregt hat ein [FAZ-Interview](#) mit dem Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Peter Biesenbach. Der Minister lobte einerseits die Arbeit der Kölner Staatsanwaltschaft bezüglich Cum-Ex, zeigte sich jedoch besorgt über ähnliche Steuerhinterziehungsmodelle, welche die Ermittler aufdeckten. Diese

Modelle namens Delta-one-Strategie und TaxTrade würden ebenfalls ihre Profite ausschließlich aus steuerlichen Effekten ziehen. Laut Kronzeugen in Sachen Cum-Ex sind sie sogar die Haupteinnahmequelle einiger großer Investmentbanken. Biesenbach resümiert: "Cum-Ex ist nur die Spitze des Eisbergs". Und auch bezüglich Cum-Ex und Cum-Cum gibt es weiterhin Handlungsbedarf. Die ehemaligen Bundestagsabgeordneten Fabio de Masi, Gerhard Schick und Heribert Hirte haben in der FAZ ein [Potpourri von Gegenmaßnahmen](#) präsentiert. Kernstück ist ein alternatives System der Steuererstattung, bei dem jede Steuererstattung mit der Bestätigung einer eingegangenen Steuer beim BZSt hinterlegt sein muss.

#### **Weitere Nachrichten:**

- **Evaluationsbericht zur Mitteilungspflicht zu grenzüberschreitenden Steuergestaltungen nach §138i:**  
Seit 1.1.2020 müssen Steuerpflichtige EU-weit grenzüberschreitende Steuergestaltungen melden und dabei auch Informationen über Nutzer angeben. Zusätzlich müssen die Nutzer die Gestaltung auch in ihrer Steuererklärung benennen. Eine Evaluierung kommt jetzt zu dem Ergebnis, dass diese doppelte Meldung auch weiterhin nötig sein wird. Zwar konnten 89,23 Prozent der von den Intermediären gemeldeten Nutzer vom BZSt automatisch an die zuständige Steuerbehörde weitergemeldet werden. Wenn aber die Adresse fehlt, scheitert die Weitermeldung daran, dass es in Deutschland noch immer keine eindeutige Steuernummer für juristische Personen (Wirtschafts-ID) gibt. Und selbst mit ID blieben Gestaltungen, die erst in der Steuergestaltung erkannt werden können, z.B. wenn der Steuerpflichtige zum Zeitpunkt der Mitteilung noch gar keine deutsche ID hatte.
- **Auf die Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer** könnte weiterer Kummer wegen ihrer Beratungsgeschäfte in Sachen Cum-Ex zukommen: Eine [Kundenliste zeigt](#), dass die Kanzlei rund 25 Kunden zu den illegalen Aktiengeschäften beraten hatte – weit mehr als bisher bekannt.

#### **Schattenfinanz und Geldwäsche**

### **TaskForce nimmt Form an, BKA zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg**

In den letzten Tagen hat die Task Force „Sanktionsdurchsetzung“ zum ersten Mal Journalisten und das Kabinett über ihre Arbeit informiert und einen ersten [Erfolg vermeldet](#): Das BKA hat die Werft in Hamburg besucht, mit internationalen Partnern die Geldflüsse nachverfolgt und über die Cayman Islands, Zypern und die Schweiz eine Schwester von Herrn Usmanow als Eigentümerin identifiziert. Jetzt steht die Schwester auch auf der Sanktionsliste und die Yacht ist eingefroren. Mit einem Wert von etwa 600 Millionen Euro plus etwa 125 Millionen Euro auf eingefrorenen Konten steht Deutschland im

[internationalen Vergleich](#) damit auf einmal gar nicht mehr so schlecht da – zumindest wertmäßig. Damit Sanktionen systematisch und nicht nur in Einzelfällen durchgesetzt werden, will die Bundesregierung bis zur Sommerpause ein [Sanktionsdurchsetzungsgesetz](#) vorlegen. Ob es endlich die Rechtsgrundlage schafft um die Grundbücher nach verdächtigem Vermögen zu durchforsten? [Hier](#) gibt es die wichtigsten aktuellen Informationen und weitere Details.

#### Weitere Nachrichten:

- **Eine Treuhand-Brache in Erfurt, ein Adelsspross aus der Berliner High-Society und die BVI-Gesellschaft von Mossack Fonseca:** [Daten aus den Panama-Papers führten erneut zu Durchsuchungen](#). Diesmal ging es um ein Grundstück in Erfurt, das 2006 für 20.000 Euro an eine BVI-Firma und 2018 für 1,2 Millionen Euro wieder nach Nordrhein-Westfalen verkauft wurde. Beide Male beteiligt: ein deutscher Manager gegen den jetzt wegen Steuerhinterziehung ermittelt wird.
- **24 Berliner Immobilien, drei BVI-Gesellschaften und die Oligarchen-Spur:** Laut Grundbuch gehören die [unscheinbaren Wohn- und Geschäftshäuser in Berlin](#) gleichfalls unscheinbaren Berliner GmbHs mit Namen wie Deragon, Jaragon oder Paragon. Wenn die Berliner Justizverwaltung ihr Grundbuch und ihr Handelsregister verknüpfen würde, würde sie erkennen: Eigentümer der -gons sind drei Gesellschaften aus den BVI mit Verbindung zu einem irischen Manager der in der Schweiz Treuhanddienste anbietet. Von diesem Manager führt die Spur weiter zum von Wladimir Jakunin gegründeten und lange Zeit ebenfalls in Berlin ansässigen und tätigen Think Tank Dialogue of Civilizations. Weil keiner der -gons im Transparenzregister eingetragen ist, endet die Spur der Journalisten hier, wo eigentlich die Arbeit der Behörden starten sollte. Wir schätzen: sie würde etwa 500 bis 1.000 weitere anonyme Gesellschaften mit Berliner Immobilienbesitz finden.
- **Vom russischen Oligarchen über den US-amerikanischen Hedgefonds zur Aktie:** Eine spannende [Analyse der New York Times](#) zeigt, wie Abramovich viele Millionen Euro u.a. über eine österreichische Bank und einen Vermögensberater ohne Internetseite an mehrere US-amerikanische Hedgefonds weitergeleitet hat. Die Fondsmanager interessierten sich nicht für die Quelle des Geldes und sind in den USA nicht einmal zur Abgabe von Geldwäscheverdachtsmeldungen verpflichtet. Die beteiligten Banken kamen in den meisten Fällen allem Anschein nach ihrer Pflicht nicht ausreichend nach. So gewaschen kann das Geld dann auch ungehindert in deutsche Aktien fließen.
- **Bitcoin doch nicht so anonym (Teil 2):** Diesmal erzählt ein detaillierter [Bericht von Wired](#), wie Computerexperten der US-

Steuerbehörde eine große Kinderporno-Website in Südkorea abgeschaltet und die Spuren zu 337 Beteiligten weltweit nachvollzogen haben. Die Beteiligten dachten sie wären dank Bitcoin anonym unterwegs, wurden aber vom technischen Fortschritt überholt. Chainalysis, ein südafrikanisches Unternehmen, ermöglicht seit einigen Jahren zusammenhängende Konten und Transfers nachzuverfolgen und die Schwachstelle zu identifizieren, an der ein Email-Account, eine Börse oder eine Bank Informationen über den Eigentümer aufzeichnet. Der Clou: weil die Blockchain öffentlich ist, entschied ein US-Gericht sogar, dass die verdachtsunabhängige Nachverfolgung von Geldflüssen keine Privatsphäre verletzt. Eine Anekdote zum Schluss: Die Beamten aus Deutschland waren dem südkoreanischen Betreiber ebenfalls auf der Spur, Hilfe der südkoreanischen Polizei erhielten aber erst die Amerikaner, weil sie in ihren Reihen einen Beamten hatten, der bei einem gemeinsamen Karaoke-Abend einen lebenden Oktopus verspeist hatte.

Vermögen, Erbschaften, hohe Einkommen

## Geldregen in der Krise

Während Politiker landauf landab die Bürger auf den kommenden Wohlstandsverlust vorbereiten ([Linder, Merz, Kretschmann](#)), müssen sich offensichtlich nicht alle gleichermaßen auf schwere Zeiten einstellen. Nach zwei Jahren Pandemie und dem Beginn des Ukraine-Krieges wollen deutsche börsennotierte Unternehmen so viel Geld an ihre Aktionäre ausschütten wie noch nie zuvor. Das geht aus einer [Studie der Anlegerschutzvereinigung DSW](#) und des Institute for Strategic Finance an der [FOM Hochschule](#) hervor. Die deutschen Aktiengesellschaften werden dieses Jahr rund 70 Milliarden Euro an Dividenden auszahlen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rekord-Anstieg um knapp 50 Prozent. Der bisherige Spitzenwert aus 2019 (57,1 Milliarden Euro) wird damit um 22 Prozent übertroffen. Grund für den Geldregen: trotz (oder wegen) Kurzarbeit und milliarden hoher Staatshilfen sprudelten die Gewinne bei deutschen Konzernen im vergangenen Jahr.

Auf die höchste Auszahlung unter den DAX-Unternehmen dürfen sich die Aktionäre von Mercedes-Benz freuen: knapp 5,4 Milliarden Euro schüttet der Automobilhersteller aus. Auf Rang zwei folgt die Allianz SE (4,4 Milliarden Euro). Mit einer Dividendensumme von rund 3,8 Milliarden Euro folgt BMW. Trotz Corona-Krise und Halbleiter-Mangel erzielt BMW 2021 den [höchsten Gewinn](#) in der Unternehmensgeschichte. Allein zwei Aktionäre profitieren davon in enormen Ausmaß: Stefan Quandt und Susanne Klatten dürfen sich auf eine Ausschüttung von fast 2 Mrd. Euro freuen. Die BMW-Erben verfügen bereits über ein geschätztes Vermögen von über [34 Milliarden Euro](#). Während die BMW-Kurzarbeiter\*innen aufgrund der Lohnersatzleistung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet sind und ggf. Lohnsteuern nachzahlen müssen, muss Susanne Klatten aufgrund der Pandemie keine besonderen steuerlichen Hürden nehmen. Sie lässt sich ihre Rekordausschüttung auch weiterhin, wie schon vor der Pandemie, nicht aufs Girokonto auszahlen, sondern

auf die „Susanne Klatten Bet. GmbH“. Denn anders als bei einer direkten Auszahlung fallen hier (fast) keine Steuern an. Und selbst dann, wenn die Dividende doch aufs private Konto soll, verlangt das Finanzamt auf die Milliardenausschüttung nur 26,4 Prozent Abgeltungssteuer und Solidaritätszuschlag.

#### Weitere Nachrichten:

- **In den USA wurden [Bidens Pläne](#) zur Einführung einer Vermögenssteuer bekannt.** Konkret steht eine Mindeststeuer für Multimillionäre und Milliardäre von 20 Prozent zur Diskussion. Jeder Haushalt mit einem Vermögen über 100 Millionen Dollar soll demnach die neue Steuer zahlen. Und damit die Vermögenssteuer auch ihrem Namen gerecht wird, sollen nicht nur etwa Gehalts- oder Dividendenzahlungen als zu versteuerndes Einkommen zählen, sondern auch der Wertzuwachs des Vermögens auf dem Papier. Bisher verlangt das IRS ebenso wie das deutsche Finanzamt bei Klatten und Quandt erst Steuern, wenn die Kapitalerträge einer Person zufließen, indem bspw. Aktien mit Gewinn verkauft werden. 360 Milliarden Dollar soll die Steuer einbringen. Der Ökonom Gabriel Zucman ordnet die Steuerpläne [in der nd](#) ein.
- **Das Forbes-Magazin kürt sieben neue Milliardäre in Deutschland.** Zwei Frauen und fünf Männer werden zum ersten Mal unter den Superreichen gelistet. Darunter fünf Erben und lediglich zwei, die es ohne Vermögensübertragung in den Milliardärs-Club geschafft haben. Einer von ihnen der Investor [Christian Angermayer](#), der im letzten Jahr mit Wetten auf Biontech- und Tech-Firmen sein Vermögen vervielfachte.
- **Fake-News in der FAZ: Piketty widerlegt?** US-Ungleichheit deutlich weniger dramatisch? Substanzielle Fehler und Faulheit? Was tatsächlich passiert ist: Zwei Forscher haben Steuerdaten aus mehreren US Bundesstaaten für die Jahre 1917 bis 1960 [ausgewertet](#). Die hohe Ungleichheit am Anfang und auch am Ende des 20. Jahrhunderts bleibt. Aber die neue Ungleichheitskurve fällt schon ab 1929 und nicht nur durch die Steuerpolitik im zweiten Weltkrieg.

#### Unternehmenssteuern

### 6,7 Milliarden Euro Mindeststeuer – oder doch nicht?

Basierend auf den länderbezogenen Berichten von 3.613 in Deutschland tätigen Konzernen für 2016 bis 2019 [schätzt das ifo-Institut](#) das zusätzliche Aufkommen aus einer Mindeststeuer für Deutschland. Ohne Verhaltensänderung von Unternehmen und Staaten ergibt sich ein Mehraufkommen von 6,7 Milliarden Euro. Nach bereits beschlossenen Carve-Out (-1,6 Milliarden Euro) und der zu erwartenden Reaktion der Steueroasen (-3,4 Milliarden Euro) bleiben davon nur 1,7 Milliarden Euro übrig. Dabei handelt es sich um verringerte

Gewinnverlagerung, die in der Studie mit schlechten Daten aber nach allen Regeln der Kunst (Restricted-Cubic-Spline-Pseudo-Poisson-Maximum-Likelihood Schätzung) geschätzt werden. Subtrahiert man davon noch die bereits erhobene Hinzurechnungsbesteuerung (die in der Studie nicht eingerechnet wird), mögliche Schätzfehler und neue Steuervermeidungstricks, bleibt fast nichts – es sei denn Deutschland erhält doch noch Quellensteuern auf trotz Mindeststeuer niedrig besteuerte Gewinne von Netflix, Amazon & Co (die aus den länderbezogenen Berichten nicht geschätzt werden können).

Vorausgesetzt die Mindeststeuer kommt tatsächlich und wird nicht noch aufgehoben ([aktuell blockiert Polen](#) die EU-Richtlinie anscheinend um Kompromisse an anderer Stelle zu erpressen), erfüllt sie auch ohne nennenswerte Mehreinnahmen für Deutschland teilweise ihren Zweck: weil etwa 62 Prozent der Gewinne deutscher Konzerne mit weniger als 15 Prozent besteuert werden, steigt deren Besteuerung durch die Mindeststeuer von derzeit 16 Prozent auf 18,8 bis 19,6 Prozent. Ein Wettbewerbsnachteil entsteht ihnen dadurch übrigens nicht – die Wettbewerber aus dem Ausland (ohne US-Konzerne) landen sogar bei 23,7 bis 24,7 Prozent. Die globalen Mehreinnahmen summieren sich auf mehr als 49 Milliarden Euro.

#### Weitere Nachrichten:

- **Update zur Übergewinnsteuer für Öl- und Gaskonzerne:**  
Im letzten Newsletter haben wir Zweifel an einer Übergewinnsteuer angemeldet. Jetzt haben wir uns Gazprom, Rosneft, Total & Co angeschaut und unsere Vermutung hat sich bestätigt. Der Großteil der (riesigen) Übergewinne entsteht nicht in Deutschland, sondern da wo Öl und Gas gefördert werden. Und das ist explizit so gewollt. Weil die Bodenschätze dem Land gehören sollen, aus dem sie kommen, sind Rohstoffkonzerne von der 2021 beschlossenen Umverteilung von Besteuerungsrechten ausgeschlossen. Über Importzölle oder Quellensteuern für die in Deutschland ansässigen Großhändler ließe sich das kurzfristig und gezielt ändern. Und weil Förderung und Transport nur einen Bruchteil des Endpreises kosten, müsste dadurch theoretisch nicht einmal das Angebot sinken oder der Preis steigen – vorausgesetzt die Lieferanten lassen sich das gefallen.
- **Reförmchen statt Reform – oder Steuergeschenk an die Superreichen als kleineres Übel?** Trotz intensivem Druck durch die Unternehmensverbände und den Koalitionspartner hat Olaf Scholz 2021 die Unternehmenssteuer nicht gesenkt. Ein etwa 700 Millionen Euro teures Geschenk an die großen Familienunternehmen konnte oder wollte er nicht aufhalten. Eine kleine Anfrage zeigt jetzt: Nur 150 Unternehmen wollen bisher vom Optionsmodell Gebrauch machen, das es ihnen erlaubt die Unternehmenssteuervorteile von Kapitalgesellschaften mit den Vorteilen der Personengesellschaft bei Erbschaft und Wegzug zu kombinieren.

- **Investoren wollen Amazon zur Veröffentlichung einer länderbezogenen Berichterstattung zwingen.** Die [SEC hat jetzt entschieden](#), dass sie bei der Aktionärsversammlung im Mai darüber abstimmen dürfen. Steuervermeidung ist demnach auch dank des internationalen Reformdrucks mehr als eine einfache Geschäftsentscheidung und geht die Aktionäre etwas an. Glückwunsch!
- **Mauritius will Steueroasen-Image loswerden.** Laut einem [Artikel der Financial Times](#) hat der Niedrigsteuer-Inselstaat in den letzten Jahren seine Steuergesetze überarbeitet und trägt z.B. die internationale Einigung auf eine Mindeststeuer für Unternehmensgewinne mit. Eine Rolle im globalen Steuerwettbewerb dürfte Mauritius mit einem weiterhin niedrigen Unternehmenssteuersatz von 15 Prozent aber beibehalten. Im Bereich Geldwäschebekämpfung erhielt das Land bereits eine internationale Aufwertung: Die globale Aufsichtsbehörde für Geldwäsche (FATF) nahm Mauritius letzten Oktober von ihrer grauen Liste (list of jurisdictions under increased monitoring) und seit Januar steht es nicht mehr auf der EU-Liste der Drittländer mit hohem Geldwäscherisiko. Inwiefern die Reformbereitschaft nun weiter geht oder damit bereits beendet ist, wird sich zeigen müssen.
- **Der größten deutschen Reederei Hapag-Lloyd mit Sitz in Hamburg wird vorgeworfen trotz Rekordgewinnen kaum Steuern zu zahlen.** Bei einem Gewinn von 9,3 Milliarden Euro zahlt das Unternehmen lediglich 60 Millionen Euro Steuern. Grund dafür: die "Tonnage-Steuer", die sich an den eingesetzten Schiffsgrößen orientiert; die Linke in Hamburg fordert nun die Einführung eines Mindeststeuer-Prinzips. Darüber hinaus hat der US-Kongress Untersuchungen wegen möglicher Preisabsprachen von Hapag-Lloyd eingeleitet, da dem Unternehmen unverhältniss hohe Preissteigerungen vorgehalten werden.

## Steuern und Entwicklung

### **“Große Finanzkluft” inmitten Corona- und Ukraine-Krise**

Der Ukraine-Krieg sorgt für steigende Lebensmittel- und Energiepreis und schürt Sorgen über eine Verschlechterung der Weltwirtschaft und ein steigendes Risiko von Schuldenkrisen. Insbesondere ärmeren Ländern fällt es zudem deutlich schwerer sich von den Folgen der Corona-Pandemie zu erholen. Zu diesem Ergebnis kommt der [2022 Bericht zur Nachhaltigen Entwicklungsfinanzierung](#) der Vereinten Nationen. Der Bericht stellt die Diskussionsgrundlage für das kommende Woche stattfindende [Forum on Financing for Development](#) dar, in dem jährlich über die Umsetzung der [Addis Ababa Action Agenda](#) zur Finanzierung der 2030-Entwicklungsziele debattiert wird. Demnach fielen im letzten Jahr weitere 77 Millionen Menschen aufgrund der Corona-Krise in extreme Armut und viele Volkswirtschaften blieben bis Ende des Jahres unter dem Niveau von vor 2019. Auch für das kommende Jahr ist mit

keiner raschen Erholung zu rechnen. Entwicklungsländer müssen deutlich höhere Mittel für Zinszahlungen aufwenden (durchschnittlich 14 Prozent der Staatseinnahmen) als entwickelte Länder (3,5 Prozent), und wichtige Investitionen wie in Bildung und Infrastruktur werden zurückgefahren. Die Steuereinnahmen sind insbesondere in kleinen Insel-Entwicklungsländern zusammengebrochen.

Als möglichen Ausweg skizziert der Bericht drei Lösungsansätze: 1) Finanzierungslücken zu schließen und das Risiko von Schuldenkrisen zu senken 2) alle Finanzierungsflüsse an den international vereinbarten Zielen für nachhaltige Entwicklung auszurichten und 3) mehr Transparenz für eine sinnvolle Ressourcenverteilung zu schaffen. Zur Reduzierung von Ungleichheit wird u.a. eine Stärkung progressiver Einkommenssteuern und Kapitalertrags- und Vermögenssteuern vorgeschlagen. Im Bereich Unternehmenssteuern bleiben die Empfehlungen enttäuschend unambitioniert. Zwar wird die Notwendigkeit eines besseren Informationsaustauschs von Steuerdaten aufgeführt, jedoch fehlen Forderungen nach einer strukturellen Reform der globalen Unternehmensbesteuerung. Unserer Meinung nach müssen Besteuerungsrechte global fairer verteilt und Gewinnverschiebung effektiv verhindert werden, insbesondere die Schlupflöcher und Defizite der OECD-Vereinbarungen beseitigt werden. Den Rahmen sollte eine UN-Steuerkonvention bilden. Zu hoffen ist, dass diese Punkte beim Financing for Development Forum nächste Woche nicht untergehen!

#### **Weitere Nachrichten:**

- **Die fünfte UN-Konferenz der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs)** sollte eigentlich zu Beginn dieses Jahres stattfinden, wurde aufgrund der Corona-Pandemie aber auf März 2023 verschoben. Dennoch wurde im März ein Aktionsprogramm für die betroffenen 47 Länder, in denen 1,1 Milliarden Menschen leben, beschlossen. In einem [Bericht](#) analysiert das Global Policy Forum den Finanzierungsbedarf dieser Länder und zeigt die verschiedenen Finanzquellen auf, die zur Unterstützung der Entwicklungsziele in den LDCs mobilisiert werden könnten. Für den Themenbereich Steuern kritisiert der Bericht, dass das Aktionsprogramm zwar eine 15 Prozent Steuer-/BIP-Quote als Ziel für alle LDCs definiert, die dafür notwendigen Maßnahmen aber auslöst. Die Maßnahmen des Aktionsprogramms beziehen sich großteils auf Capacity Development, statt beispielsweise eine Reform der globalen Steuer-Governance anzustreben.
- **Als Trojanisches Pferd, das die Interessen der OECD-Staaten vertritt**, bezeichnen die Autor\*innen eines [Artikels](#) in der Asia Times das neue Steuerzentrum der Asian Development Bank (ADB Asia Pacific Tax Hub). Selbsternanntes Ziel des Tax Hub sei es, Steuerinitiativen der OECD zu unterstützen, deren Standards, z.B. die aktuelle Vereinbarung für eine globale Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne, nicht im Interesse schwächerer



Länder seien. Die Autor\*innen führen als ein Argument für die mangelnde Inklusivität der OECD als Institution der globalen Steuerkoordination auf, dass von den 46 Entwicklungsländern die Mitglieder in der ADB sind, 26 nicht im Rahmen des OECD Inclusive Frameworks beteiligt waren.

## Deutsches Steuersystem

### Wer zahlt die Zeche?

Angesichts der immensen Pandemie-Kosten und der wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges ist die Debatte um die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags [neu entbrannt](#). Seit 2021 ist die Ergänzungsabgabe für 90 Prozent der Steuerzahler\*innen weggefallen. Erhoben wird sie seither nur noch auf Einkommen von Kapitalgesellschaften und Besserverdiener\*innen sowie auf Kapitalerträge. Die Grundlage des Zuschlags – der Solidarpakt II – lief bereits 2019 aus. Ob die Weitererhebung der Steuer danach rechtens ist, prüfen aktuell Gerichte. Eines ist aber sicher: von der Abschaffung des progressiven Zuschlags profitieren vor allem Besser- und Hochverdiener. Eine Neuauflage des Zuschlags mit neuer Begründung sollte bei dem finanziellen Mehrbedarf des Bundes rechtlich möglich sein. Auch [die Deutsche Steuer-Gewerkschaft](#) rechnet damit, dass diese kommen wird.

Einen neuen Dauer-Soli halten allerdings auch [einige Befürworter](#) nur für den zweitbesten Weg, um die Kosten der Krise zu stemmen. Insbesondere mit Blick auf den Klimawandel und die steigenden Energiekosten, wäre eine neue, wiederum befristete Ergänzungsabgabe nicht ganz ehrlich. Dies würde den Druck nehmen, endlich eine vernünftige Aufteilung der Steuerquellen zu finden. Eine solche wäre etwa eine faire Erbschaftsteuer, die Begünstigungen für große Erbschaften abschafft. Fakt ist: die eigentlich progressiven Steuersätze auf Erbschaften wirken durch umfangreiche Ausnahmen für große Betriebsvermögen tatsächlich regressiv – belasten also kleinere Erbschaften und Schenkungen viel stärker als Große. Zudem kommt die Anhebung der Grundsteuer, die bestenfalls nicht auf Mieter umgelegt werden kann, als Soli-Alternative in Frage. Die Steuereinnahmen würden so steigen, ohne die einkommensschwachen Haushalte zusätzlich zu belasten.

#### Weitere Nachrichten:

- **Der Zinssatz für Steuernachzahlungen und Erstattungen wird auf 0,15 Prozent pro Monat gesenkt.** Das hat das [Bundeskabinett am 30. März 2022 beschlossen](#). Pro Jahr fallen damit nur noch 1,8 Prozent Zinsen statt bisher 6 Prozent an. Steuerzahler\*innen zahlen künftig weniger Zinsen auf Nachzahlungen, aber erhalten auch weniger Zinsen auf Erstattungen vom Finanzamt. Insgesamt verliert der Staat etwa 800 Millionen Euro pro Jahr. Eine Evaluierungsklausel soll zudem dafür sorgen, dass der Zinssatz auch künftig angemessen bleibt. Damit wird der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts nachgekommen. Das hatte die

hohen Steuerzinsen im vergangenen Jahr wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase für verfassungswidrig erklärt.

### Hörens wert:

- Tax Justice Network Podcast: ["Butler Britain"](#)
- Der Behördenleiter der US-Steuerbehörde IRS beschreibt in einem [Interview](#) den Stand und die Probleme seiner Behörde. Sehr technisch, aber auch sehr erkenntnisreich.
- Der [Planologie-Podcast](#) erklärt, warum Immobilieneigentum in Deutschland so oft anonym bleibt, wie Investmentfonds auch mit Steuertricks riesige Rendite aus dem deutschen Immobilienmarkt extrahieren und welchen Beitrag die Steuerbehörden zur Verbesserung der Situation leisten könnten.

### Veranstaltungen:

- 3. bis 6. Juni 2022: Open Ohr Festival – Jugendkulturfestival mit Gesprächsforen, Workshops, Kabarett, Livekonzerten und Zeltlager. Dieses Jahr mit dem Thema "Gegensteuern!"

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

### Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



### Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10249 Berlin  
-----

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)

